

München, 24.06.2021

## **SPD zur Aktuellen Stunde: Alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Schulschließungen im Herbst zu vermeiden**

**Sozialpolitische Sprecherin Rauscher: Bei politischen Entscheidungen das Wohl der Kinder im Blick haben - Jugendpolitischer Sprecher Taşdelen: Junge Menschen brauchen Begegnungen**

Die familienpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion **Doris Rauscher** hat in der Aussprache zur Aktuellen Stunde heute (24. Juni) möglichen Plänen, bei einer weiteren Corona-Welle die Schulen wieder zu schließen, eine klare Absage erteilt. "Wir müssen alles, aber auch alles dafür tun, jetzt für Kinder und Jugendliche Normalität zu ermöglichen. Kitas und Schulen sollten unbedingt offen bleiben", sagte Rauscher. Bei allen Entscheidungen, die nun von der Politik getroffen würden, müssten die seelische und körperliche Gesundheit sowie das Recht der Kinder auf Bildung und Kontakte im Mittelpunkt stehen, so die Vorsitzende des Sozialausschusses. Rauscher verweist auf die gestiegenen psychischen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen in der Pandemie.

Diese Forderung wird vom Mediziner Dr. Christian A. Rexroth, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft der Leitenden Ärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie, unterstützt. In der Fraktionssitzung der SPD-Landtagsfraktion sagte Rexroth gestern (23. Juni): „Es muss andere Konzepte geben als die Schließung. Kinder und Jugendliche brauchen ihre Einrichtungen. Wir sollten Kindern den Kita- und Schulbesuch ermöglichen, damit sie ihren Bezügen bleiben können.“ In der Corona-Krise hätten psychische Belastungen bei Kindern, Armut und häusliche Gewalt in Familien stark zugenommen. Weitere Belastungen seien zu vermeiden.

Rexroth hatte vor der Fraktion auch auf eklatante Engpässe bei der psychiatrischen Versorgung von Kindern hingewiesen. Rauscher fordert daher eine landesweite Versorgungsplanung. Rauscher: "Kinder sind unsere Ressource und die psychische Gesundheit der Kinder muss geschützt werden!"

Der jugendpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Arif Taşdelen** warnt davor, Jugendliche nur als Schülerinnen und Schüler zu sehen: "Sie sind junge Menschen mit jungen Bedürfnissen, sie wollen Begegnung, Jugendfreizeiten und Zeltlager! Leider hat die Staatsregierung Jugendliche aus dem Blick verloren. Wir nehmen junge Menschen in den Fokus, und das sollte auch die Staatsregierung tun."